

■ WIRTSCHAFTSCHRONIK

IV. QUARTAL 2000

Das Zustandekommen des „Vertrags von Nizza“ wird in Europa mit Erleichterung aufgenommen. Die EU-Institutionen sind auf den Beitritt von bis zu 12 neuen Mitgliedsländern vorbereitet. Dennoch sind die Ergebnisse, wie etwa die Gewichtung im Rat zugunsten von großen Ländern sowie das künftig komplizierte System zur Findung einer qualifizierten Mehrheit, für viele Beteiligte unbefriedigend. Auch die Erwartungen, das Prinzip der Einstimmigkeit bei Abstimmungen durch ein generelles Mehrheitssystem zu ersetzen, wurden in nur 30 Kapiteln realisiert.

10. Oktober: Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Weißrussland beschließen die Gründung einer Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Zusammenarbeit in den Bereichen Handels- und Wirtschaftspolitik sowie im Sozial- und Erziehungswesen.

AUSLAND

11. Oktober: James J. Heckman und Daniel L. McFadden erhalten für ihre Beiträge zur Methodik der Mikroökonomie den Nobelpreis für Ökonomie (<http://www.nobel.se/announcement/2000/economics.html>).

24. Oktober: In Montreal findet die Tagung der G 20 statt. Diese Gruppe, die sich aus den G 7 und Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea sowie der Türkei zusammensetzt, soll als Forum für den Dialog zwischen Industrieländern und Schwellenländern dienen und sich für eine Stärkung der globalen Finanzstabilität einsetzen. Zur Teilnahme berechtigt sind auch die Präsidenten der EU und der EZB sowie der Direktor des IWF.

31. Oktober: 9 der 20 Mitgliedstaaten des „Common Market for Eastern and Southern Africa“ (Comesa) haben sich zur Verwirklichung des Freihandels mit Waren und Dienstleistungen verpflichtet: Ägypten, Sudan, Djibuti, Kenia, Malawi, Sambia, Mauritius, Madagaskar und Simbabwe. Die Freihandelszone umfasst eine Region von 7 Mio. km² mit 380 Mio. Einwohnern und einem BIP von 170 Mrd. \$ (<http://www.comesa.int/>).

Abgeschlossen am
31. Dezember 2000.

25. November: In Den Haag geht nach zwei Wochen die Klimakonferenz zu Ende. Das Ziel, das Klimaprotokoll von Kyoto (<http://www.wifo.ac.at/biblio->

Übersicht 1: Zahl der Stimmen im Europäischen Rat

Nach der Reform gemäß dem Vertrag von Nizza

Deutschland	29
Frankreich	29
Großbritannien	29
Italien	29
Polen	27
Spanien	27
Rumänien	14
Niederlande	13
Belgien	12
Griechenland	12
Portugal	12
Tschechien	12
Ungarn	12
Bulgarien	10
Österreich	10
Schweden	10
Dänemark	7
Finnland	7
Irland	7
Litauen	7
Slowakei	7
Estland	4
Lettland	4
Luxemburg	4
Slowenien	4
Zypern	4
Malta	3

thek/archiv/E0017.pdf) zu konkretisieren, wurde nicht erreicht. Die für Ende 2000 vorgesehene Folgekonferenz findet aufgrund des Boykotts durch die USA nicht statt.

7.-11. Dezember: Der Europäische Rat tagt in Nizza. Am 10. und 11. Dezember wird mit dem Vertrag von Nizza (<http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/E0016.pdf>) die EU-Regierungskonferenz abgeschlossen. In Vorbereitung auf die Erweiterung der Union werden darin die notwendigen Revisionen des EU- und des EG-Vertrags zum Zweck der Institutionenreform wie folgt festgelegt: Ab 1. Jänner 2004 gilt für die alten Mitgliedsländer mit Ausnahme von Deutschland im Europäischen Parlament eine neue Sitzverteilung, wobei die Zahl der Abgeordneten nach der Erweiterung auf 27 Mitgliedsländer mit 732 limitiert ist. Die Zahl der Stimmen im Rat wird für die 15 Mitgliedstaaten von 87 auf 237 erhöht; dabei werden die großen Staaten relativ stärker gewichtet. Gleichzeitig wird die Stimmzahl für die 12 Beitrittskandidaten festgelegt (Übersicht 1).

Für Beschlüsse zu 30 der 70 Themenkreise, die bisher der Einstimmigkeit unterworfen waren, genügt künftig die qualifizierte Mehrheit. Ab 1. Jänner 2005 sind für die qualifizierte Mehrheit 170 von 237 Stimmen erforderlich (71,7%); mit der Erweiterung um 12 Mitglieder steigt diese Grenze schrittweise auf 258 von 345 Stimmen (74,8%). Zusätzlich muss die Mehrheit der Mitgliedsländer zustimmen. Ein Land kann zudem den Beschluss darauf prüfen lassen, ob er die Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert.

Ab 1. Jänner 2005 stellt jedes Land nur noch einen Kommissar. Derzeit wird die Europäische Kommission von 20 Kommissaren gebildet, von denen aus Deutsch-

land, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien je zwei kommen. Die Kommission kann auf höchstens 26 Mitglieder anwachsen, nach Beitritt des 27. Mitgliedstaates wird das Prinzip der gleichberechtigten Rotation der Kommissare wirksam.

Um die Relation zwischen dem Direktorium der EZB und den Zentralbankpräsidenten zu erhalten (derzeit 1 : 2), können die Staats- und Regierungschefs nun ohne Revision des Unionsvertrags einstimmig und auf Empfehlung der EZB oder der Kommission die Stimmgewichtung im EZB-Rat verändern. Kleinere und mittlere Länder werden in Gruppen nach einem Rotationsprinzip Persönlichkeiten in die Funktionen entsenden.

Der Zeitplan für die EU Erweiterung, wie er von der Kommission im letzten Fortschrittsbericht (http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_11_00/index.htm) vorgesehen ist, wird akzeptiert.

Parallel zur Institutionenreform wird eine Charta der Grundrechte proklamiert (siehe <http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/E0018.pdf>). Die Schaffung der Unternehmensform der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) in allen Mitgliedstaaten nach einheitlichem Gemeinschaftsrecht wird bürokratische Erleichterungen bewirken. Die Errichtung einer EU-Lebensmittelbehörde wird beschlossen. Künftig werden nach den bereits geplanten Gipfeltreffen mindestens zwei Gipfeltreffen jährlich in Brüssel abgehalten; nach dem Beitritt des 18. Mitgliedslandes sollen alle EU-Gipfel in Brüssel stattfinden.

14. Dezember: Der EZB-Rat beschließt, den bestehenden Referenzwert, nämlich eine Jahreswachstumsrate von 4½% für das weit gefasste Geldmengenaggregat M 3, erneut zu bestätigen.

20. Dezember: Die Bundesrepublik Jugoslawien wird vom IWF als 183. Mitglied aufgenommen. Eine Voraussetzung zur Aufnahme war die Begleichung der Altschulden Jugoslawiens, die durch einen Überbrückungskredit der Schweiz und Norwegens von 65 Mio. \$ erbracht werden konnte.

Ende 2000: Im Zuge von Entschuldungsinitiativen von IWF und Weltbank gegenüber den „Heavily Indebted Poor Countries“ (HIPC) wurden im Laufe des Jahres 22 afrikanische und 4 lateinamerikanische Länder von ihren Schulden im Ausmaß von 33,6 Mrd. \$ entlastet.

ÖSTERREICH

23. Oktober: Herbert Haupt folgt Elisabeth Sickl als Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen nach.

1. November: Die Ist-Löhne sowie die Aufwandsentschädigungen, Zulagen und Lehrlingsentschädigungen werden in der eisen- und metallherzeugenden sowie -verarbeitenden Industrie um 3,4%, mindestens jedoch um 650 S erhöht. Bei Inanspruchnahme der Verteilungsop-

STEPHAN SCHULMEISTER

■ DIE KAUFKRAFT DES EURO INNERHALB UND AUSSERHALB DER WÄHRUNGSUNION

Auf Basis eines gesamtwirtschaftlichen Warenkorbs (BIP) war der Euro gegenüber dem Dollar Anfang 2000 um 9,0% unterbewertet (in diesem Ausmaß lag sein Wechselkurs von 0,98 \$ unter der Kaufkraftparität des BIP von 1,08 \$). Gemessen an der Kaufkraftparität von international gehandelten Gütern und Dienstleistungen war der Euro Anfang 2000 gegenüber dem Dollar noch um 13,4% überbewertet (die Kaufkraftparität auf Basis von Tradables beträgt derzeit 0,87 \$). Zwischen 1986 und 1999 war der Euro bzw. ECU gegenüber dem Dollar um durchschnittlich 32,6% überbewertet, gleichzeitig sank der Anteil der EU an den Gesamtexporten der Triade (EU, USA, Japan) um 5 Prozentpunkte, während jener der USA um 7 Prozentpunkte stieg. Die Marktanteilsentwicklung zwischen 1973 und 1985 bestätigt, dass die Kaufkraftparität der Tradables (und nicht jene des BIP) die relevante Richtgröße für „faire“ Wechselkurse ist.

- *Problemstellung und Ziel der Studie*
- *Gliederung der Studie*
- *Die Kaufkraftparität als Gleichgewichtsniveau von Wechselkursen und die Europäische Währungsunion*
- *Die Kaufkraftparitäten des Dollars*

Die Ausgangsdaten für das Erhebungsjahr 1996 – Wechselkurse und Kaufkraftparitäten des Dollars für Sachgüter und Tradables im Jahr 1996 – Kaufkraftparitäten auf Basis von Inlandspreisen als Richtgröße für das langfristige Gleichgewichtsniveau von Wechselkursen – Langfristige Entwicklung der Wechselkurse und Kaufkraftparitäten des Dollars

- *Die Kaufkraftparitäten des ECU und des Euro*

Wechselkurse und Kaufkraftparitäten des ECU im Jahr 1996 – Konversionskurse und Kaufkraftparitäten des ECU bzw. Euro am 31. Dezember 1998 – Langfristige Entwicklung der Wechselkurse und Kaufkraftparitäten des ECU – Wechselkurse und Kaufkraftparitäten des Euro im Jahr 1999
- *Wechselkurse, Kaufkraftparitäten und Marktanteilsentwicklung der Industrieländer*
- *Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen*

Studie des WIFO im Auftrag der
Bundesarbeitskammer • 2000 •
80 Seiten • ATS 400,00 bzw.
EUR 29,07